

Gemeinderat - öffentlich - vom 26.01.2016
1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 1-001/16 Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 24.11.2015 gefassten Beschlusses

Der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 24.22.2015 gefasste Beschluss wird bekannt gegeben.

3) TOP 1-003/16 Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Donaueschingen
- Mitglieder des Aufsichtsrates
- Weisungsbeschluss hinsichtlich der Sitzungsvergütung der Aufsichtsratsmitglieder

Oberbürgermeister Pauly führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Die Eintragung der GmbH in das Handelsregister habe am 11.01.2016 stattgefunden.

Als Aufsichtsratsmitglieder der GmbH seien von den Fraktionen folgende Personen vorgeschlagen worden:

CDU-Fraktion: Stadtrat Marcus Greiner und Stadtrat Thomas Hauger

FDP/FW-Fraktion: Stadtrat Markus Kuttruff

SPD-Fraktion: Stadtrat Wolfgang Karrer

GUB-Fraktion: Stadtrat Franz Wild

Die Grünen-Fraktion: Stadtrat Michael Blaurock

Beschluss:

1. Als weitere Mitglieder des Gemeinderates Donaueschingen im Aufsichtsrat der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH werden gewählt:

CDU-Fraktion: Stadtrat Marcus Greiner und Stadtrat Thomas Hauger

FDP/FW-Fraktion: Stadtrat Markus Kuttruff

SPD-Fraktion: Stadtrat Wolfgang Karrer

GUB-Fraktion: Stadtrat Franz Wild

Die Grünen-Fraktion: Stadtrat Michael Blaurock

(einstimmig)

2. Dem Beschlussvorschlag Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(28 Ja, 2 Enthaltungen)

Herr Butsch: Die Mitglieder des Aufsichtsrats seien bei dem Beschluss über die Vergütung befangen. Es bedürfe eine erneute Abstimmung, ob der eben gefasste Beschluss angenommen werde. Die Stadträte Greiner, Hauger, Kuttruff, Karrer, Wild und Blaurock nehmen nicht an der erneuten Abstimmung teil.

Beschluss:

Dem eben gefassten Beschluss über die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 5-001/16 Bebauungsplan "Konversion" - Veränderungssperre gemäß § 14 Baugesetzbuch

Oberbürgermeister Pauly führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Damit die Stadt die Planungssicherheit habe, solle dieser Veränderungssperre zugestimmt werden.

Stadtrat Karrer: Es sei wichtig und richtig, ein politisches Signal mit der Zustimmung für die Veränderungssperre zu setzen. Bei der BImA werde die Veränderungssperre sicher als Signal für den Verhandlungswillen aufgefasst. Man müsse aber sehen, dass durch die Neuregelung in § 246 Baugesetzbuch diese Veränderungssperre unter Umständen rechtlich eher schwach zu werten sei.

Oberbürgermeister Pauly: (Auf die Frage von Stadträtin Weishaar) Vom Land und auch vom Bund sei bisher nicht bekannt, dass bauliche Veränderungen auf dem Konversionsgebiet bezüglich der Flüchtlingsunterbringung geplant seien. Es sei aber nicht ausgeschlossen, dass Teile des Gebietes auch an Dritte veräußert werden könnten. Man müsse ein deutliches Signal setzen, um sicherzustellen, dass die Stadt ihr Ziel weiterhin ehrgeizig verfolge und den Konversionsprozess schnellstmöglich beginnen möchte. Es gehe darum, die Baurechtszuständigkeit der Stadt zu bewahren. Man müsse auch wiederholt an das Land appellieren, die nötigen Bauanträge einzureichen, denn die derzeitige Nutzung sei in dieser Form nicht zulässig. Man strebe eine schnelle Umsetzung des Konversionsvorhabens an. Mit dem am 01.11.2015 in Kraft getretenen Asylverfahrensbeschleunigungsgesetztes sei in § 246 Abs. 14 Baugesetzbuch eine Abweichungsmöglichkeit von geltenden Rechtsvorschriften befristet eingeführt worden. Davon könne unter Umständen eine Veränderungssperre betroffen sein. Man müsse aber sehen, dass ein solches Vorgehen einen massiven Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinde darstelle. Im weiteren Verfahren müsse sich daher zeigen, inwieweit diese Abweichungsmöglichkeit der vorgeschlagenen Veränderungssperre eventuell entgegenstehen würde.

(Auf Frage von Stadtrat Kaiser) Eine Veränderungssperre schütze das Bauplanungsrecht, nicht aber das Bauordnungsrecht. Es würde die Grundsätze der Planung, die der Gemeinderat beschlossen habe, und die Art und Nutzung der Gebäude schützen. Die derzeitige Nutzung widerspreche dem Bauplanungsziel der Stadt. Selbst wenn es keine Flüchtlinge auf dem Konversionsgelände geben würde, würde er dazu raten, eine Veränderungssperre zu erlassen.

Stadtrat Dr. Wagner: Es sei äußerst unbefriedigend, dass derzeit immer noch keine Bauanträge seitens des Landes für die Nutzung des Konversionsareals vorliegen würden. Die FDP/FW-Fraktion erwarte vom Land, dass diese Bauanträge schnellstmöglich nachgereicht würden. Denn jeder Bürger und Bauherr müsse einen Bauantrag stellen. Eine Ungleichbehandlung würde sicher zu Unmut führen.

Stadtrat Fischer: Eine Veränderungssperre biete mehr Sicherheit. Es solle darauf geachtet werden, dass ein spontaner Verkauf, wie es schon einmal in der Zeppelinstraße der Fall gewesen sei, rechtzeitig verhindert werde.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 1-002/16 Donaueschinger Regionalgespräch

Oberbürgermeister Pauly führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Er könne derzeit kein einheitliches Meinungsbild bei den Fraktionssprechern festmachen. Um zu klären, ob an dem Regionalgespräch festgehalten werden solle, sei dieser Punkt heute auf der Tagesordnung. Sicher sei das Regionalgespräch in der Vergangenheit ein Alleinstellungsmerkmal der Stadt gewesen und eine wichtige Veranstaltung mit hochkarätigen Rednern. Jedoch würde es mit der Kanzelrede eine vergleichbare Veranstaltungsreihe geben. Des Weiteren sei es immer schwieriger, hochkarätige Politiker für die Reden zu gewinnen, was unter anderem an den von der Stadt nicht zu erbringenden Kosten scheitere. Würde es das Regionalgespräch nicht schon geben, würde er es heute nicht mehr einführen. Die personellen Kräfte der Stadtverwaltung sollten nicht für dieses Projekt gebunden werden. Das Regionalgespräch solle aber auch nicht für immer ausgeschlossen werden. Er könnte sich vorstellen, zu gegebener Zeit in einem neuen Format die Veranstaltungsreihe wieder aufleben zu lassen.

Stadtrat Karrer: Man solle am Regionalgespräch festhalten. Das Regionalgespräch sei nicht mit der Kanzelrede zu vergleichen, die gerne als Konkurrenzveranstaltung genannt werde. Es gehe nicht nur um die Rede, sondern auch um die Gespräche, die daraufhin stattfinden würden. Das Regionalgespräch sei immer ein Treffpunkt von Politik, Wirtschaftsvertretern und großen Persönlichkeiten in der Region gewesen und hätte eine positive Ausstrahlung aus der Region ins Land hinaus gehabt. Es sei wichtig, für die Veranstaltung einen erstklassigen Redner zu gewinnen.

Stadträtin Weishaar: Sie schließe sich den Ausführungen von Stadtrat Karrer an. Sie halte allerdings einen Termin nach der Bundestagswahl 2017 für sinnvoll. Frühere Termine seien zu kurzfristig.

Stadtrat Reith: Das Regionalgespräch sei eine Traditionsveranstaltung mit überregionalem Zuspruch, an der festgehalten werden solle. Die Veranstaltung solle noch dieses Jahr stattfinden. Des Weiteren schlage er vor, den dreijährigen Turnus auf zwei Jahre zu verkürzen. Herr Thorsten Frei MdB habe schon seine Unterstützung bei der Suche nach hochkarätigen Rednern zugesichert und auch Oberbürgermeister Pauly habe ein weit gestreutes Netzwerk, sodass es möglich sein sollte, prominente Redner für die Veranstaltung zu finden.

Oberbürgermeister Pauly: (auf Frage von Stadtrat Reith) Im Haushalt seien 15.000 € für das Regionalgespräch eingestellt, diese Mittel würden für den Verwaltungsaufwand benötigt. Bei bisher drei angefragten Personen habe es zwei Absagen und keine Zusage gegeben. Es sei den angefragten Rednern dabei kein Geld geboten worden. Es sei sicherlich schwierig, gute Redner für einen Abend gewinnen zu können, ohne dass diese dafür ein Honorar erhalten würden. Ob es jedoch finanzielle Gründe gewesen seien, die zu den Absagen geführt hätten, sei nicht abgefragt worden.

Stadtrat Blaurock: Auch er möchte am Regionalgespräch festhalten. Anstatt einem großen Namen könnte auch ein heikles Thema mit einem kompetenten Redner gewählt werden. Beispielsweise seien auch bei den Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung viele interessierte Bürger anwesend gewesen, obwohl es nicht nur angenehme Themen vorgetragen worden seien. In Donaueschingen bestehe ein großes politisches Interesse, das es zu bedienen gelte. Für 2016 sei es schwierig, noch kompetente Leute zu finden, da deren Terminkalender sicherlich schon gefüllt seien.

Stadtrat Greiner: Die positive Außenwirkung der Stadt beruhe in erster Linie auf dem Reitturnier und den Musiktagen. Das Regionalgespräch sei ein regionales Event. Das Regionalgespräch finde seinen Ursprung in der Amtszeit von Herrn Dr. Everke, das Thorsten Frei so übernommen habe. Es solle dem amtierenden Oberbürgermeister Erik Pauly die Möglichkeiten geben, eigene Schwerpunkte zu setzen und etwas anderes zu machen. Sollte das Regionalgespräch weiterhin stattfinden, müsste ein Budget festgelegt werden, damit dem Redner ein Honorar angeboten werden könne.

Oberbürgermeister Pauly: Er sehe sich mit der Bindung an das Regionalgespräch keinesfalls eingeschränkt. Es hindere ihn nicht daran, auch andere Projekte in Angriff zu nehmen. Da beinahe alle Fraktionen an dem Regionalgespräch festhalten möchten, müsse es zu keinem Antrag oder Beschluss kommen, denn dann bliebe es dabei, dass das Regionalgespräch fortgeführt werde. Er versuche, das Regionalgespräch noch 2016 stattfinden zu lassen. Herr Thorsten Frei MdB habe seine Hilfe schon angeboten. Sicherlich müssten aktuelle Themen angesprochen werden, aber auch ein prominenter Redner sei ein wichtiger Faktor für den weiteren Erfolg dieser Veranstaltungsreihe.

6) TOP 4-003/16 Stahlbrücke Allmendshofen / Brücke über die Breg - außerplanmäßige Ausgabe

Bürgermeister Kaiser führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Die Verwaltung schläge vor, die Bregbrücke in Allmendshofen durch eine Fuß- und Radwegebrücke aus Aluminium zu ersetzen. Diese wäre für den Autoverkehr gesperrt und würde mit einem Poller versehen werden, der lediglich für Fahrzeuge des Bauhofes, wie Winterdienstfahrzeuge, umgelegt werden könne. Die Umwege, die die Landwirte in Kauf nehmen müssten, seien akzeptabel. Man spare mit der Aluminiumbrücke Kosten in Höhe von ca. 400.000 € gegenüber einer Schwerlastbrücke, die für Landwirtschaftsmaschinen geeignet wären. Holz sei zwar auch ein sehr guter Werkstoff, jedoch stünden bei einer Holzbrücke ständige und teure Reparaturen an und in 20-30 Jahren müsste eine Holzbrücke komplett erneuert werden. Bei einer Brücke aus Aluminium könne mit einer Fertigstellung bis im Herbst dieses Jahres gerechnet werden.

Stadtrat Müller: Da es sich um eine innerörtliche Brücke handle, sei eine baldige Lösung notwendig. Ideal sei natürlich die Lösung mit einer Spannbetonbrücke. Mittel für diese Lösung seien im Haushaltsplan nicht eingestellt worden. Er werde für die kleine Lösung, eine Fuß- und Radwegebrücke stimmen. Bei dieser sollte aber nochmals geprüft werden, ob diese aus Holz und nicht aus Aluminium bestehen könnte. Der Umweg über den Zubringer für die Landwirte, um auf die Felder zu gelangen, sei zumutbar. Mit dem Ausbau der B 27 sei es den Landwirten auch weiterhin möglich, diesen Umweg zu fahren. In den kommenden Jahren müssten eventuell noch weitere Brücken saniert werden.

Stadtrat Karrer: Es sei klar, dass eine Brücke gebaut werden müsse. Nach der Aufstellung einer Kosten-Nutzen-Rechnung komme er zu dem Schluss, dass eine Fuß- und Radwegbrücke ausreichen werde. Derzeit gebe es lediglich einen Vollerwerbs-Landwirt und einige Nebenerwerbs-Landwirte. Den Umweg über den Zubringer von ca. 700 m halte er für zumutbar. Vor einer Holzbrücke könne er nur warnen, da bisher keine guten Erfahrungen mit Holzbrücken gemacht worden seien.

Stadtrat Blaurock: Eine reine Fuß- und Radwegebrücke sei sicherlich nicht die beste Lösung, aber ein sehr guter Kompromiss. Er werde dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Stadtrat Wild: Vor sechs Jahren sei in einem Gespräch die Kompromisslösung mit dem Poller gefunden worden, nachdem die Brücke für den Verkehr gesperrt worden sei. Die Landwirte hätten einen Schlüssel für den Poller bekommen und hätten weiterhin auf dem schnellsten und sichersten Weg auf ihre Felder gelangen und die Brücke mit bis zu 3 t Gewicht überqueren können. Die Komplettsperre habe dann für große Verwunderung gesorgt. Die Brücke sei für Allmendshofen sehr wichtig. Für den landwirtschaftlichen Verkehr ergäben sich für die Zukunft große Probleme. Viele Landwirte besäßen noch alte, sehr langsame Traktoren und der Umweg, den die Landwirte in Kauf nehmen müssten, könne bis zu 4 km weit sein. Auf die vielbefahrene Friedrich-Ebert-Straße links abbiegen zu müssen und auch die Fahrt auf dem Zubringer, um auf die Felder zu gelangen, werde künftig sehr gefährlich werden. Nach dem Ausbau der B 27 sei ein noch höheres Verkehrsaufkommen zu erwarten. Dies sind alles Gründe, die für eine Spannbetonbrücke sprechen, die von den Landwirten genutzt werden könne.

Stadtrat Roland Erndle: Die Kosten und die Notwendigkeit müsse betrachtet werden. Die Notwendigkeit einer großen Brücke sei gegeben, denn nicht nur Landwirte aus Allmendshofen würden die Brücke nutzen, sondern beispielsweise auch Pfohrener. Es sei nicht ausschlaggebend, ob die Anzahl der Nebenerwerbs-Landwirte zurückgehe. Eine Gewichts-

Beschränkung mache jedenfalls keinen Sinn, denn wenn das landwirtschaftliche Fahrzeug über die Brücke fahren könnte, würde es auch darüber gefahren werden. Die Neudinger Brücke sei mit Kosten in Höhe von 650.000 € neu gebaut worden. Aus diesem Grund halte er die genannten Kosten in Höhe von 800.000 € für die Brücke in Allmendshofen für zu hoch.

Herr Reichle: Für die Donaubrücke in Neudingen seien Kosten in Höhe von 150.000 € für Bodenerkundungen, geologische Untersuchungen und Ing.-Honorare angefallen. Die Baumaßnahme / Bauausführung sei in Höhe von 650.000 € vergeben worden. Die Baukosten würden sich aufgrund der schmälere Brücke in Allmendshofen kaum mindern. Mit Kosten in Höhe von 800.000 € oder gar mehr müsste für eine Stahlbetonbrücke in Allmendshofen gerechnet werden. Der Richtpreis einer Aluminiumbrücke läge bei ca. 280.000 € und 120.000 € für die Widerlager.

Stadtrat Vetter: Er halte es für denkbar, die Brücke so zu bauen, dass die Landwirte mit kleineren Traktoren, unter 3,5 t und weniger als 3,5 m Breite diese überqueren könnten.

Bürgermeister Kaiser: (Auf Frage von Stadtrat Vetter) Die Nutzlast von 3,5 t solle lediglich dazu dienen, dass Servicegeräte des Bauhofes die Brücke überqueren können. Ein einfaches Schild mit einer Gewichtsbeschränkung halte die Landwirte sicher nicht davon ab, mit schwereren Fahrzeugen darüber zu fahren. In einem Zeitungsbericht habe ein Landwirt sogar eingeräumt, vergangenen Sommer noch mit 15 t über die marode Brücke gefahren zu sein. Es gebe nur zwei Möglichkeiten: Entweder eine reine Fuß- und Radbrücke mit Poller, für den nur die technischen Dienste einen Schlüssel haben werden, oder eine befahrbare Spannbetonbrücke. Kompromisse könnte es hier nicht geben.

Stadtrat Bäurer: Es sei nicht relevant, wie viele Landwirte die Brücke nutzen, sondern wie viel landwirtschaftliche Fläche in diesem Gebiet erschlossen sei. Die Brücke sei schmaler als die in Neudingen, daraus schließe er, dass die Brücke in Allmendshofen günstiger sein müsste.

Herr Reichle: Die Verschmälerung der Fahrbahn mache keinen großen Unterschied bei den Kosten. Die Kostenersparnis läge bei ca. 10%. Der Grundaufwand für den Neubau der Brücke seien die gleichen, insbesondere das für die Erstellung der Brücke notwendige Leergestell sei sehr teuer.

Stadtrat Wild: Auch in Allmendshofen seien Einsparungen möglich. Man benötige beispielsweise keine Mittelstütze. Bei einer Breite von 2,75 m würde nur die Hälfte der Masse gegenüber der Donaubrücke in Neudingen benötigt.

Oberbürgermeister Pauly: Entweder man entscheide sich für die Fertigstellung einer Fuß- und Radbrücke für ca. 400.000 € oder für eine Spannbetonbrücke für ca. 800.000 €. Es seien nun alle Argumente dargestellt worden. Die Verwaltung spreche sich für die Aluminiumbrücke aus, mit deren Fertigstellung im Herbst zu rechnen sei.

Herr Reichle: Wenn eine Spannbetonbrücke gebaut werden solle, sei eine Fertigstellung vor dem Frühjahr 2017 unwahrscheinlich.

(Auf Frage von Frau Dr. Jarsumbek) Für den Neubau der Widerlager für die Aluminiumbrücke müsse ein Ing.-Büro mit der Statik beauftragt werden. Ansonsten bedürfe es keiner weiteren Leistungen eines Ing.-Büros.

Oberbürgermeister Pauly: Bei der kleinen Lösung (Fuß- und Radwegebrücke) werde davon ausgegangen, dass die Kosten vollständig durch Einsparungen bei der Kreisumlage finanziert werden können, jedoch gebe es dafür keine Sicherheit.

Frau Dr. Jarsumbek: Bei der Finanzierung solle es keine Verbindung mit der Sanierung des Parkschwimmbades geben.

Stadtrat Karrer: Bei der Spannbetonbrücke müsste erneut über den Vorschlag der außerplanmäßigen Finanzierung gesprochen werden. Einer Finanzierung über die Planungskosten für die Sanierung des Parkschwimmbades könne nicht zugestimmt werden. Die Sanierung des Parkschwimmbades müsse endlich in Angriff genommen werden.

Oberbürgermeister Pauly: Im Falle von Mehrkosten würde man die Planungskosten für das Schwimmbad verwenden, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass es keine Bezuschussung für die Sanierung des Schwimmbades gebe. Die Schwimmbad-Sanierung werde nur vorbehaltlich der Förderung umgesetzt. Sollte der Zuschuss bewilligt werden, müsste eine neue Finanzierungsmöglichkeit gefunden werden.

Stadtrat Roland Erndle: Als alternative Gegenfinanzierung schlage er die Veräußerung eines Gebäudes vor, beispielsweise des Elisabethen-Hauses. Dies hätte auch zur Folge, dass bei den Unterhaltungskosten für städtische Gebäude Einsparungen gemacht werden könnten.

Oberbürgermeister Pauly: Der ursprüngliche Finanzierungsvorschlag der Verwaltung bleibe bestehen. Um über den möglichen Bau einer Schwerlastbrücke abzustimmen, müsste ein Finanzierungsvorschlag zwingend vorliegen. Falls die Sanierung des Parkschwimmbades bezuschusst werden sollte, sei die Finanzierung nicht gesichert, dann bedürfe es eventuell eines Nachtragshaushalts. Die Brücke bleibe so lange geschlossen, bis eine Entscheidung im Gemeinderat getroffen werde.

Beschluss:

1. Der Bericht zur Stahlbrücke Allmendshofen wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Beschlussvorschlag, eine Spannbetonbrücke unter der Voraussetzung der Finanzierung wie im Beschlussvorschlag Nr. 4 angegeben, zu bauen, wird nicht zugestimmt.

(17 Nein, 9 Ja, 7 Enthaltungen)

3. Der Gemeinderat beschließt, 2016 eine neue Brücke über die Breg in Allmendshofen zu bauen, nämlich als Fuß- und Radwegbrücke aus Aluminium.
4. Die außerplanmäßige Finanzierung in Höhe von 379.000 € erfolgt durch die Einsparungen bei der Kreisumlage.

(24 Ja, 4 Nein, 5 Enthaltungen)

7) TOP 3-001/16 Aktueller Sachstand in der Bedarfsorientierten Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge (BEA)

Oberbürgermeister Pauly: Zum Stand heute seien 1.950 Flüchtlinge in der BEA in Donaueschingen untergebracht. Damit sei die Kapazität in Höhe von 2.700 Personen noch nicht ausgeschöpft. Der bemerkbare Rückgang der Flüchtlingszuläufe stehe im Zusammenhang mit der Jahreszeit, von einem anhaltenden Komplett Rückgang sei nicht auszugehen. Das Regierungspräsidium rechne im Frühjahr wieder mit einem Anstieg des Flüchtlingsstroms. Derzeit werde zwei Mal täglich innerhalb und außerhalb des Konversionsareals bis hin zum Kreisverkehr und an der Registrierungsstelle Müll gesammelt. Eine Stelle des Bundesamts für Integration werde nicht in Donaueschingen eingerichtet werden, da der Aufwand und die Kosten hierfür zu hoch seien. Da mittelfristig auch die Registrierung nicht in Donaueschingen bleiben solle, werde die Einrichtung derzeit nicht von der Max-Egon-Straße in das Areal verlegt. Des Weiteren sei derzeit die Beschaffung mobiler Röntgenapparate im Gespräch.

Flüchtlinge, die voraussichtlich keine Aufenthaltsgenehmigung bekommen werden, kämen vor allem nach Heidelberg, um von dort abgeschoben zu werden. Jedoch wolle man eine Konzentration der Nordafrikaner dort vermeiden. Aus diesem Grund sollen diese nicht mehr direkt nach Heidelberg gebracht werden.

Das WLAN in den Flüchtlingsunterbringungen sei intakt. Es sei außerdem in den nächsten zwei Wochen die Erstellung von Bewohnerausweisen für die Flüchtlinge in der BEA in Donaueschingen geplant.

Bei der vorläufigen Unterbringung habe der Landkreis im letzten Quartal 2015 keine Zuweisungen erhalten. Dies läge unter anderem daran, dass die BEA angerechnet werde. Am 21. Januar 2016 seien 21 Flüchtlinge zur vorläufigen Unterbringung dem Landkreis zugewiesen worden. Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen entspanne sich die Situation noch nicht.

Bürgermeister Kaiser: Am 19. Januar habe zum ersten mal der Runde Tisch stattgefunden. An diesem Gespräch hätten das Regierungspräsidium, die Polizei, Vertreter aus dem Gemeinderat, der Stadtverwaltung und einige ausgewählte Bürger teilgenommen. Aus der Bürgerschaft seien viele Fragen an die Verwaltung herangetragen worden, die im Kreis der Teilnehmer diskutiert und beantwortet worden seien. Es seien Fragen zu der Gesundheitsvorsorge, der Sprachintegration etc. gestellt worden. Auch von den Teilnehmern seien Fragen gestellt worden. Die Fragen und Antworten seien veröffentlicht worden. Eine Pressemitteilung werde es noch geben. Ein Termin für das nächste Treffen des Runden Tisches sei ebenfalls festgelegt worden.

Oberbürgermeister Pauly: (Auf Fragen von Stadtrat Blaurock) Das angesprochene Ausweisepapier würde lediglich in der BEA in Donaueschingen ausgestellt und gelten. Die Registrierungseinrichtung in der Max-Egon-Straße habe sich bewährt. Teilweise seien bis zu 70 Registrierungen täglich vorgenommen worden. Momentan seien es vielleicht weniger Registrierungen, jedoch fänden nach wie vor täglich Registrierungen statt.

Oberbürgermeister Pauly: (Auf Frage von Stadträtin Riedmaier) Trotz des Ausbaus des WLANs in der BEA werde das WLAN an der Stadtbibliothek erhalten bleiben. Dies sei nicht nur für die Flüchtlinge gedacht, sondern hauptsächlich für Touristen und Bürger.

Stadtrat Dr. Wagner: Es sei damit zu rechnen, dass die Konzentration von Flüchtlingen aus den Maghreb-Staaten, die abgeschoben werden sollen, in der BEA größer werde. Das Sicherheitsbedürfnis werde aus diesem Grund sicherlich steigen. Auf die Anzahl dieser Personen solle die Verwaltung ein Auge haben.

Bürgermeister Kaiser: Auch diese Problematik sei Thema am Runden Tisch gewesen. Es werde versucht, diese Flüchtlinge in die Erstaufnahmestellen zu verteilen, doch könne Donaueschingen mehr unterbringen als andere Gemeinden, weshalb sicher einige dieser abzuschubenden Flüchtlinge in Donaueschingen untergebracht würden.

(Auf Frage von Stadtrat Rögele) Am 1. März 2016 werde der nächste Runde Tisch stattfinden. Auch dieser werde wieder nichtöffentlich tagen. Dies Vorgehensweise hätte sich bewährt.

Oberbürgermeister Pauly: (Auf Frage von Stadtrat Rögele) Die Anzahl der unbegleiteten Jugendlichen würde sukzessive steigen. Den aktuellen Stand werde er in Erfahrung bringen.

(Auf Frage von Stadtrat Greiner) Er habe bei einem Gespräch in Berlin mit Herrn Altmaier entnehmen können, dass eine einheitliche und somit bundesweite Registrierung mit einem Ausweis in Planung sei. Zu dem aktuellen Sachstand diesbezüglich könne er keine Auskunft geben. Derzeit gebe es noch keine bundesweite Registrierung, d.h. theoretisch könne man sich mehrmals in verschiedenen Städten registrieren lassen.

Herr Dereck: Die Registrierung sei ein fließender Prozess. Es seien bereits mehr als 5.000 Flüchtlinge in Donaueschingen registriert worden und viele davon seien in die vorläufigen Unterbringungen weiter verteilt worden.

Bürgermeister Kaiser: (Auf Frage von Stadtrat Greiner) Sicherlich habe die Polizei immer wieder Einsätze. Dabei bliebe es nicht aus, dass auch häufiger dieselben Gruppen oder Einzelpersonen involviert seien.

Stadtrat Karrer: Bei dem kommenden Runden Tisch solle auch ein Vertreter der Security dabei sein. Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge in der BEA wären den schlechten Einflüssen anderer ausgesetzt.

Oberbürgermeister Pauly: (Auf Frage von Stadträtin Wiemer) Derzeit sei die BEA mit einfachen Bauzäunen umzäunt. Geplant seien nun „Unterkunftszäune“, die fest im Boden verankert seien. Für die Erstaufnahmestellen sei eine Umzäunung vom Land vorgeschrieben. Der Unterkunftszaun sei stabiler wie ein Bauzaun, schöner werde es mit den neuen Zäunen nicht werden.

Herr Bea: (Auf Frage von Stadtrat Greiner) Ein Bauantrag sei in diesem Falle nicht nötig, der Zaun könne verfahrensfrei aufgestellt werden, da es sich um den Innenbereich handle und der Zaun nicht über gewisse Maße hinausgehe.

Bürgermeister Kaiser: Mit jeder Investition, die getätigt werde, würde sich die Einrichtung mehr und mehr etablieren.

Beschluss: Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

8) TOP 4-005/16 Einzelhandelskonzept 2014 / vereinfachte Bebauungsplanänderung (Äußere Röte, Posthof, Dotterbind) - Satzungsbeschlüsse

Oberbürgermeister Pauly führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Der Änderungsentwurf „Posthofareal“ und „Dotterbind“ der öffentlichen Auslegung habe vorgesehen, zukünftig nicht zentrenrelevante Sortimente sowie für max. 10 % der Verkaufsfläche auch zentrenrelevante Sortimente als sogenanntes Randsortiment zuzulassen. In der Sitzungsvorlage wer der Vorschlag gemacht, diese 10% auf 5 % zu reduzieren. Diesen Vorschlag wolle die Verwaltung aber zurückziehen und an der 10 % Regelung festhalten. Der Beschlussvorschlag Nr. 2 der Verwaltung könne damit gestrichen werden. Der Vorschlag mit 5 % würde zum Schutz des Innenstadtbereichs gemacht. Jedoch benötige es für eine Abänderung die Eröffnung eines komplett neuen Verfahrens mit einer erneuten Offenlage. Des Weiteren sei nicht klar ob eine unterschiedliche Handhabung des Prozentsatzes rechtlich zulässig sei. Es sei auch denkbar, dass bei einer 5%-Regelung ein schon gewonnener Investor wieder abspringen werde.

Herr Tempelmann führt anhand einer Präsentation in die Sitzungsvorlage ein. Diese Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Oberbürgermeister Pauly: Die Verwaltung werde die Überprüfung über die Einhaltung des Randsortiment-Rahmens vorantreiben.

Frau Stocker-Werb: Es sei ärgerlich und enttäuschend, dass die Verwaltung ihren Vorschlag zurückziehe. Die Informationen über das Randsortiment seien nicht korrekt, denn bei einem Abgleich mit der Liste des Planungsbüros stelle sie fest, dass die 5 % Grenze eingehalten werde, auch bei dem Dänischen Bettenlager. Dabei sei nicht die Qualität der Ware ausschlaggebend. Eine 10 %-Regelung würde für den innerstädtischen Handel negative Auswirkungen haben. Bei einer 10 %-Regelung hätten einige Geschäfte in den Bebauungsplänen mehr Randsortiment als manche innerstädtischen Einzelhandelsgeschäfte an Gesamt Ladenfläche zur Verfügung hätten. Diese Tatsache müsse bei der Beschlussfassung bedacht werden. Sie Stelle den Antrag für die Bebauungspläne „Posthof“ und „Dotterbind“ das sonstige zentrenrelevante Sortiment in einem Rahmen von 5 % der Verkaufsfläche mit einem Randsortiment ausnahmsweise zuzulassen.

Stadtrat Blaurock: Es sei erfreulich, dass die Verwaltung wieder zu der 10 % Regelung zurückgekehrt sei. Dies sei die einfachere Lösung und auch die rechtssichere Variante.

Er sehe keinen zwingenden Zusammenhang zwischen der prozentualen Regelung und der Attraktivität der Innenstadt. Bei der neuen Tankstelle im „Dotterbind“ würden sich die 10 % auf das gesamte zur Tankstelle gehörende Gelände beziehen, was riesig sei.

Stadtrat Karrer: Die Entscheidung über die 10 %-Regelung sei in einem förmlichen Verfahren beschlossen worden. Jeder habe die Möglichkeit gehabt, vor dem Beschluss seine Einwände kundzutun, es habe aber keine Einwendungen gegeben. Es sei ein demokratisches Verfahren gewesen, das nun abgeschlossen sei.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Aus nichtrechtlicher Sicht sei ihre Schlussfolgerung, dass der Schutz des Einzelhandels ausreichend gewährleistet sei. Zu den Faktoren der innerstädtischen Attraktivität zähle viel mehr als nur die Entscheidung, ob nun 5 % oder 10 % der Verkaufsfläche als Randsortiment zugelassen werden.

Stadtrat Fischer: Er sei schon immer gegen die 10 % Regelung gewesen. Viele größere Städte hätten eine 5 % Regelung, Stuttgart habe sogar eine 3 %-Regelung. Die Einführung einer 5 %-Regelung sei ein Schutz für die Gewebetreibenden in der Innenstadt und gleichzeitig ein positives Zeichen für interessierte Unternehmensgründer.
Das Dänische Bettenlager könne sich sicher mit einer 5 % Regelung arrangieren.

Stadtrat Dr. Wagner: Man könne nicht alle Interessen des Gemeinderats befriedigen. Es ist verständlich, dass der Einzelhandel für eine Einschränkung von 5 % plädiere, eine 10 %-Regelung sei aber durchaus gerechtfertigt und solle, so wie beschlossen, beibehalten werden. Außerdem solle nicht das Risiko eingegangen werden, dass schon vorhandene Investoren aufgrund einer 5 %-Regelung abspringen würden. Durch die Neuansiedlung der Geschäfte werde Donaueschingen noch attraktiver.

Beschluss:

1. Dem Antrag von Stadträtin Stocker-Werb, das sonstige zentrenrelevante Sortiment für die Bebauungspläne „Posthof“ und „Dotterbind“ in einem Rahmen von 5 % der Verkaufsfläche mit einem Randsortiment ausnahmsweise zuzulassen, wird nicht zugestimmt.

(17 Nein, 11 ja, 4 Enthaltungen)

2. Die 2. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Äußere Röte“, die 2. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Posthof“ sowie die 5. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Dotterbind“ werden entsprechend § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

(22 ja, 5 Nein, 5 Enthaltungen)

9) TOP 4-001/16 Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar - Information über Zuschlagserteilung Netzbetrieb

Bürgermeister Kaiser führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Reith: Es gebe auch Anwohner, die kein Interesse an dem Breitbandinternet und somit schnellerem Internet hätten. Könnten diese ihren alten Anbieter und die vorhandenen Geräte weiter nutzen und wie verhalten sich dann die Kosten?

Bürgermeister Kaiser: Für diese Personen bleibe alles beim Alten, falls keine Änderung gewünscht sei. Unitymedia erwarte viel Zuspruch. Die Telekom sei mit ihrem Vectoring-Ausbau in die Investitionsoffensive gegangen.

Stadtrat Reith: Er wisse von einem Einzelfall, bei dem im Außenbereich die alten Oberleitungen gekappt worden seien. Es sei ihm geschildert worden, dass im entsprechenden Fall nun Mehrkosten von ca. 100 € entstehen würden.

Oberbürgermeister Pauly: Der Ausbau des neuen Netzes habe keine Auswirkungen auf das alte Netz. Er könne versichern, dass, falls ein Abbau stattgefunden habe, dieser nicht vom Zweckverband in Auftrag gegeben worden sei. Wenn dann müsse die Telekom diese Entscheidung selbst getroffen haben. Die alten Anschlüsse seien nach wie vor in den Häusern.

Stadtrat Blaurock: Es herrsche eine Konkurrenzsituation. Sowohl Unitymedia als auch die Telekom würden aufrüsten, dies könne teilweise für manche Kunden zu negativen Veränderungen führen.

Bürgermeister Kaiser: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Einnahmen würden erst in sechs bis acht Jahren veranschlagt werden können. Derzeit würden Investitionen getätigt, um die Netze zu verlegen und Anschlüsse zu installieren.

Oberbürgermeister Pauly: Die Einnahmen würden hoffentlich steigen, wenn die Baumaßnahmen fertiggestellt seien. Währenddessen seien jedoch keine Gewinne zu erwarten. (Auf Frage von Stadträtin Dr. Jarsumbek) In Wolterdingen könnten die Bürger entscheiden, ob ein Anschluss installiert werden solle oder nicht. Bei einem Anschluss an die Glasfaserleitungen würde kein Bedarf mehr an Vectoring bestehen. In Donaueschingen werde vorerst kein Glasfasernetz verlegt.

Bürgermeister Kaiser: Bei einem schon bestehenden Anschluss von Unitymedia (KabelBW) werde der Zweckverband keine Leitungen legen. In der Innenstadt sei Vectoring die leistungsstärkste Option, jedoch werde dies sicherlich teurer.

Stadtrat Vetter: (Auf Frage von Stadtrat Müller) Es sei ein sehr komplexer Sachverhalt. Bei einer Leistung unter 50 MB sei die Möglichkeit gegeben, an die Breitbandversorgung angeschlossen zu werden. Bei einer höheren Leistung könne zumindest die Leitung gelegt werden, ein Vertragsabschluss aber nicht vorgenommen werden. Gewerbebetriebe seien von dieser Regelung ausgenommen, da die Gewerbegebiete unterversorgt gewesen seien. Grund dieser Leistungsregelung sei die Wettbewerbssituation. Allgemein werde die Investition des Zweckverbands sich sicherlich schneller amortisieren als angenommen, da sich dem Verband viele Gemeinden angeschlossen hätten.

Stadtrat Reith: Der Wettbewerb sei für den ländlichen Bereich nicht sehr positiv. Er bitte darum, den Bürgern in geeigneter Weise genauere Informationen zukommen zu lassen.

Bürgermeister Kaiser: An den Orten, an denen Anschlüsse verlegt werden, würden die Anwohner Informationen vom Zweckverband erhalten. Bei Bedarf bestehe sogar die Möglichkeit von Einzelgespräche.

Oberbürgermeister Pauly: Vorrangig stünden Gemeinden mit einer bisher schlechten Verbindung. In Grüningen würde sich die Verlegung des Glasfasernetzes geradezu anbieten, da ein Gasleitungsausbau vorgenommen werde. In einigen Jahren werde dann auch Donaueschingen in Angriff genommen werden.

Stadtrat Dr. Buller: In Grüningen habe es eine Informationsveranstaltung gegeben, jedoch stiftete der Ausbau noch einige Verwirrung. Es sei damit geworben worden, dass es letztendlich kostengünstiger sei, sich einen Anschluss legen zu lassen. Doch nun könne man nur die Haushalte anschließen, die unter der 50 MB Grenze seien, und nicht alle, die einen Anschluss in Auftrag gegeben hätten. Er sehe hier einen unlauteren Wettbewerb. Es müsse die Möglichkeit geben, nach diesem Wissen vom Auftrag zurücktreten zu können.

Oberbürgermeister Pauly: Darüber sei er nicht informiert. Selbstverständlich werde er dem im Einzelnen nachgehen.

(Auf Frage von Stadtrat Greiner) Es habe Wertungen und Ausschreibungen mit Preisvorgaben gegeben, die Preisgestaltung sei besser als erwartet.

Beschluss: Die Vergabe des Zweckverbands Breitbandversorgung zum Betrieb aller Breitbandnetze an die Firma Stiegeler Internet Service GmbH & Co KG, Schönau, wird zur Kenntnis genommen.

10) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Stadtrat Dr. Wagner: Von der Bürgerschaft sei schon an verschiedene Fraktionsmitglieder die Frage herangetragen worden, welchen Nebentätigkeiten Oberbürgermeister Pauly nachgehe. Um hier Klarheit zu schaffen, bitte er um eine Stellungnahme des Oberbürgermeisters.

Oberbürgermeister Pauly: Vor seiner Wahl zum Oberbürgermeister in Donaueschingen habe er in einer Anwaltskanzlei als Fachanwalt für Erbrecht gearbeitet. In dieser Tätigkeit sei er auch als Dozent tätig gewesen und habe Anwaltskollegen weitergebildet. Diese Kurse würden mit einem Jahr Vorlauf geplant, sodass die Termine für die Zeit nach der Wahl bereits von ihm zugesagt worden seien. Das Regierungspräsidium habe auf Nachfrage eine solche Nebentätigkeit geprüft und mitgeteilt, dass sie zulässig sei, allerdings nur dann, wenn es die Amtstätigkeit nicht beeinflussen werde. Dies sei nicht der Fall. Für diese Seminare würde er Urlaub nehmen. Seine Anwaltstätigkeit ruhe und, um den Fachanwalt behalten zu können, müsse er eine gewisse Anzahl an Fällen oder eine vorgeschriebene Zahl von Stunden bei Fachanwalts-Seminaren nachweisen. Als Oberbürgermeister sei er auf acht Jahre gewählt. Wenn eine Wiederwahl scheitern sollte, könnte er in seinen alten Beruf zurückkehren. Um diese Unabhängigkeit zu behalten, würde er diese Seminare geben. Diese fänden in der Regel dreimal im Halbjahr statt und würden meistens über das Wochenende dauern.